

Antwort vom 17.11.2016 auf Email vom 15.11.2016 MdB, DIE LINKE

Sehr geehrter Herr XY,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 15. November 2016 und ich möchte Ihnen auch antworten.

Meine Fraktion, DIE LINKE im Bundestag, betrachtet die prekäre Situation der Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen" mit großer Sorge. Erst im Sommer diesen Jahres haben meine Kollegin Kathrin Vogler und andere Abgeordnete der Fraktion darum eine Kleine Anfrage zur Sicherung der Stiftung Humanitäre Hilfe an die Bundesregierung gestellt. Die Antworten können Sie sich im angehängten Dokument anschauen. Wir haben den Eindruck, dass die Bundesregierung auf Zeit spielen will. Die Entschädigungsleistungen sollen nicht erhöht werden und auch eine lebenslange Garantie der Entschädigungen für die Opfer verweigert die Bundesregierung. Zudem wird es den Pharmafirmen, die schuld an den Infektionen waren, ermöglicht ihren Anteil an den Stiftungsgeldern herunterschrauben und dabei noch als Wohltäter auftreten, falls sie sich doch noch freiwillig mit weiteren Zahlungen beteiligen.

Meine Fraktion möchte, dass klare Rechtsansprüche für die Infizierten geschaffen werden und dass auch die Pharmaunternehmen, die immerhin mitverantwortlich für die Infektion von Tausenden von Leuten sind, in die Pflicht genommen werden. Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass es alle paar Jahre wieder zu der Situation kommt, dass die Stiftungsgelder auszugehen drohen und die Geschädigten bangen müssen.

Für den Bundeshaushalt 2017 fordert DIE LINKE in einem Änderungsantrag die sofortige Bereitstellung von 11 Mio. Euro zur Unterstützung der durch Blutprodukte HIV-infizierten Personen. Diese Gelder sollen die Arbeit der Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen" erst einmal sichern, da der Stiftung nach eigener Auskunft in 2018 die Mittel schon für die bisher getätigten Zahlungen ausgehen. Zudem wollen wir mit dem Änderungsantrag die Zahlungen um 26 Prozent erhöhen, denn seit Bestehen der Stiftung im Jahr 1995 wurden die Zahlungsbeträge nicht mehr erhöht. Das macht schon für das kommende Jahr erhöhte Finanzmittel für die Stiftung erforderlich.

Auch in den vergangenen Wahlperioden hat unsere Fraktion sich für Verbesserungen der Betroffenen Hämophilen eingesetzt. Das können Sie z.B. hier nachlesen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/116/1611685.pdf>

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/109/1710910.pdf>

Leider haben sich die Koalitionen seitdem, egal ob Union mit SPD oder Union mit FDP, nicht überzeugen lassen, die notwendigen Mittel bereitzustellen und verbesserte Regelungen auch für die „nur“ mit HCV Infizierten zu schaffen.“

Es darf nicht sein, dass die Betroffenen ständig und akut mit der Angst leben müssen, dass der Stiftung die Mittel ausgehen. Nach HIV-Hilfegesetz müssen auch die pharmazeutische Industrie, die Länder und die DRK-Blutspendedienste in die Stiftung einzahlen. Sollte eine Einigung mit diesen Akteuren nicht möglich sein, bevor die Stiftung mittellos wird, ist eine Bundesgarantie für den Fortbestand der Stiftung notwendig. Für diesen Fall soll der Bund die Verhandlungen mit den anderen zur Zahlung Verpflichteten fortsetzen.

Wir wünschen Ihnen sehr, dass es gelingt, Bund, Länder und Industrie sowie die Blutspendedienste dazu zu bewegen, Ihren berechtigten Forderungen nachzukommen. Wir wünschen Ihnen alles Gute, möglichst viel Gesundheit und viel Kraft.

Mit besten Grüßen